

» Kritik² «

Positionspapier der AG Kritik² des Bündnis gegen Rechts Leipzig zur "Kritik der Antifa"

Es gibt eine neue Mode auf dem Leipziger Polit-Laufsteg: Mit guten, schlechten und oft gar keinen Argumenten wird die Kritik, ja Ablehnung der Antifa betrieben. Nun ist auch noch die alte Kaderleiche Antinationale Gruppe (ANG) aus der Versenkung aufgetaucht und hat ihren Lieblingsfeind - die Linke - wiederentdeckt. Wie alle Jubeljahre geht es ihr auch diesmal darum, den richtigen Maßstab für wirklich radikales Linkssein festzulegen. Anstatt aus alten Fehlern zu lernen und auf eine konstruktive Diskussion um die richtige Politik zu setzen, scheitert man jedoch zum frühestmöglichen Zeitpunkt an der Unfähigkeit den eigenen Standpunkt verständlich zu vermitteln und darüberhinaus noch an einigem mehr. Das BgR möchte dem vermeintlichen Anliegen der ANG helfen, bevor sie wieder in den nächsten Wahrnehmbarkeitsschatten tritt.

Die Zwielfichtigkeit der Politik

Es ist ein großer Verdienst der Antifa, daß sie in den letzten zehn Jahren die Wahrnehmbarkeit einer linksradikalen Position aufrechterhalten hat. Dies gelang ihr durch eine kontinuierliche Praxis, d.h. Demonstrationen, Kongresse, militante Aktionen, usw., die nicht nur für die jeweiligen Ziele, sondern auch immer ganz allgemein für die Möglichkeit, links zu werden, stand und steht. Im Unterschied zu Zeitschriftenprojekten und linken Diskussionszirkeln gelang es der Antifa, wenn auch "nur" als Jugendbewegung, vorher noch nicht oder anders festgelegten Menschen ein linkes Bewußtsein nahe zu bringen. Auch innerhalb des Konzepts "Antifa" gibt es seit Jahren eine Menge verschiedener Spielarten, dies hat jüngst der Kongreß in Göttingen bestätigt. Gemeinsam war und ist ihnen aber, daß sie von ihrem Anspruch her auf eine fundamentale Gesellschaftskritik zielen. Allerdings blieb diese Perspektive oft nur auf Verbalradikalismus beschränkt und die Praxis vieler Gruppen richtete sich in erster Linie "nur" gegen Nazis. Daß trotz einer solchen einseitigen Ausrichtung der linksradikale Anspruch nicht völlig auf der Strecke bleiben muß, zeigte der Umgang mit kämpferischen Aktionsformen, die daß staatliche Gewalt- und Politikmonopol negierten. Nazis auch ohne verfassungsmäßiger Legitimation mit Gewalt entgegenzutreten, daß markiert bis heute den formalen Aspekt eines Politikverständnisses, welches weder vom Staat noch vom zivilgesellschaftlichen Verbalaktivismus einfach so zu schlucken ist. Allerdings läßt sich dieser Unterschied heute weit weniger klar öffentlich darstellen, als daß vor einem Jahr noch der Fall war. Gab es früher bei den Verhinderungsversuchen von Naziaufmärschen Rabauz, nutzten dies Medien und Behörden eifrig zur Diskreditierung des

antifaschistischen Widerstandes, machten so aber die Polarisierung der verschiedenen Politikformen mit. Die Antifa ließ sich so außerhalb eines gesellschaftlichen Konsens als das "Böse" verorten, was ihr neben Repression und Abwehr eben auch die Möglichkeit einbrachte, als Ausgangspunkt für radikale Gesellschaftskritik bemerkbar zu sein. Derzeit schützt selbst ein antifaschistischer Riot kaum vor demokratischen Umarmungsversuchen. Dazu kommt die Einschränkung, daß auch eine bürgerliche Gesellschaft durchaus mit militanten Politikformen von unten umzugehen versteht. In Folge der 68er und der Neuen Sozialen Bewegungen produzierten die auf dem Marsch befindlichen Intellektuellen massenweise Legitimationsstudien, die den Bürgern ein Widerstandsrecht einräumten, was eben auch mal handfest und gegen den Staat daherkommen kann. Eine Idee, welche wiederum auf eine viel ältere liberale Tradition zurückgreift. Militanz alleine, bzw. nur auf einen thematischen Notwehraspekt beschränkte Gewalt (Bsp.: "Das Atomkraftwerk zerstört mein Gemüse, da kann ich gar nicht mehr ruhig leben, also darf ich Polizisten hauen."), läßt sich also notfalls auch demokratisieren. Nur durch den Aspekt der fundamentalen Kritik läßt sich hier gegensteuern. Zur Militanz und der grundsätzlichen Gesellschaftskritik gehört als dritte Säule eines linksradikalen Politikbegriffs die unabhängige Organisation. In bewußter Abgrenzung zu staatlichen Parteien und quasistaatlichen Vereinen, die auf die Vertretung, Vermittlung, Aushandlung von Interessen und auf die Teilhabe an der Macht setzen, heißt linke Organisation, sei es in der Gruppe oder in bundesweiten Zusammenschlüssen, der Gesellschaftskritik eine Basis, einen wahrnehmbaren, also anschlussfähigen Ausgangspunkt zu geben. Im Bewußtsein der Tradition der Autonomen, die sich sowohl von den K-Gruppen und linken Parteien abgrenzten als auch die systemimmanente Entwicklung der Neuen Sozialen Bewegungen, insbesondere der Grünen vor Augen hatten, verinnerlichte die Antifa einen ausgesprochenen Skeptizismus gegenüber bürgerlichen Politikformen. Dabei bezog sich die Ablehnung, die nicht selten übertriebene Ausformungen annahm, besonders auf parlamentarische und institutionelle Varianten demokratischer Politik. Daß auch soziale Protestpotentiale das demokratische System stützen, ja besonders legitimieren können, wurde erst später, allerdings nun auch schon wieder vor Jahren bedacht. (Vgl. Texte der Autonomen LUPUS-Gruppe von 1991, in: Schultze/Gross: Die Autonomen, Hamburg 1997, S. 90) Die Fähigkeit kapitalistischer Gesellschaften politische Strömungen, die sich an einem gesellschaftlichem Widerspruch organisieren, für die

eigene Überlebensfähigkeit zu nutzen, ja aus den diesbezüglichen Konflikten moderner hervorzugehen, führte schon vor 10 Jahren in Antifa-Kreisen zu einer Diskussion um die richtige linksradikale Praxis. Gerade daraus folgten dann aktive und symbolische Militanz und der Anspruch, die generelle Kritik an der Gesellschaft immer mit zu benennen, sowie der Bezug auf eine linksradikale Bewegung, die mehr will als nur einen gesellschaftlichen Bereich zu reformieren. Selbst eine Gruppe wie das BgR, die Ostraumatisiert und deswegen leicht antikommunistisch von der damals üblichen verkürzten Kapitalismuskritik vorerst wenig hören wollte, ging es in der Praxis nicht um Partizipation und Reformismus. Und von Anfang an beschäftigte man sich mit der Frage, inwiefern die eigenen Politik für das Bild eines besseren Deutschland instrumentalisierbar ist. In der kompromißlosen Negation von Rassismus und nationaler Vergesellschaftung und in der Anstachelung zum Verbrechen sah man am Anfang einen praktikierbaren Ausweg. Mittlerweile wird auch bei uns die Diskussion geführt, wie die linksradikale Politik auf eine noch breitere inhaltliche Basis gestellt werden und wie eine fundamentale Gesellschaftskritik ausgedrückt werden kann.

Symbolische Orte, praktische Kritik

Dieser kleine Abriß zeigt zumindest, daß seitens der Antifa ein Problembewußtsein für die Kritik der Politik durchaus vorhanden ist. Sicher bestehen Gruppen wie das BgR auch noch weiterhin darauf, konkrete Themen aufzugreifen. Ja sie können sich gar über die kleinen Erfolge im Konkreten freuen, weil die der Politik mehr als das autistische Wiederholen der grundsätzlichen Kritik eine emotionale Note verleihen können. Als am 1. Mai 1998 das Anliegen der Nazis, sich der Mehrheitsbevölkerung als ordentliche rassistische Avantgarde zu empfehlen, durch die linken Krawalle verhindert wurde, hatten tausende Antifas einen schönen Tag. Die NPD zoffte sich in Folge darüber, ob zentrale, bundesweit organisierte Aufmärsche noch einen Sinn machen und verwarf schließlich dieses Konzept. Das Ende der Nazibewegung bedeutete dies nicht. Daß nach linken Protesten eine Überwachungskamera abgebaut wurde, war gut, weil auch dies den Leuten ein Gefühl von Wirksamkeit vermittelte. Es war nicht der Sieg über die Überwachungsgesellschaft. Wenn am 1. Mai in Berlin mal die anderen rennen ist das sehr amüsant, auch wenn damit noch lange nicht das System erzittert. Sicher, indem man sich auch konkrete Ziele auf die Fahnen schreibt, indem man sich organisiert und auf politische Erfolge setzt, handeln auch Linksradikale nach rationalen Gesichtspunkten. Ja selbst Leistungsdenken hält Einzug in linke Politik, obwohl man doch eigentlich für den jederzeit möglichen Müßiggang kämpft. Doch wie heißt es so schön bei unserer Elterngeneration: Von nichts wird nichts! Und so ist auch die Linke auf Tätigkeit angewiesen, die wegen ihres Zieles sich schon im hier und jetzt von bürgerlicher Rationalität unterscheidet, weil sie auf ihre Überwindung zielt. Nichtsdestotrotz muß auch die politische Tätigkeit kritisch auf ihre Parallelität zum gesellschaftlich vermittelten Leistungsdruck reflektiert

werden. Wenn dieser Widerspruch allerdings durch Nichtstun oder ausschließliches "mal drüber reden" aufgelöst wird, dann ist er wirklich systemimmanent geglättet. Die von der ANG allenthalben betonte "Zwanghaftigkeit bürgerlicher Rationalität und Vernunft" (siehe **Veranstaltungsankündigung**) - über den Unterschied zwischen Vernunft und Vernunft müssen wir noch nachdenken - hat zwar einen richtigen Aspekt, führt aber trotzdem in die Irre. Wer sich ständig die banale Einsicht vor Augen hält, daß der Mensch überall von den Verhältnissen umzingelt ist, und daraus ableitet, daß nichts zu machen ist, der gleicht einem Trotzkopf, der sich aus Unzufriedenheit mit der Welt in seinen vier Wänden einschließt und aus Sicherheitsgründen den Schlüssel verschluckt. Einen Ausweg findet man so nicht. Es sei denn mit Meditation. Das BgR steht da nicht drauf und probiert anderes.

Anhand des bundesdeutschen Abschottungs- und Abschiebesystems und der gegenwärtigen Harmonisierung der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik läßt sich eine Kritik an der rassistischen Weltordnung und der Einteilung der Menschen nach ökonomischen Nützlichkeits- und ideologischen Abgrenzungserwägungen entfalten. Ein sichtbarer Aufhänger, ein konkreter Ort und /oder eine laufende Debatte ermöglichen es dabei, daß eine linke Position, z.B. "Grenzen auf für alle" überhaupt wahrnehmbar wird. Der symbolische Aspekt linksradikaler Politik, der, um am Beispiel zu bleiben, in der sichtbaren und medial interessanten Konfrontation mit einer Abschiebeinstitution und den sie schützenden Beamten liegen kann, ist angesichts einer fehlenden Gesellschaftsutopie, für die jeden Tag die Massen auf die Straße gehen, derzeit unverzichtbar. Alternative dazu wäre zufriedene Selbstbeweihräucherung oder zänkisches Pissnelkenverhalten innerhalb linker Zusammenhänge oder aber sektenähnliche Agitationspolitik á la Mormonen vor der Wohnungstür. Alle drei Varianten haben eine linke Tradition und auch, wenn zumindest die zweite manchem Spinner als sinnliche Erfahrung zu wünschen ist, im Sinne politischer Erfolgserwägungen kann eigentlich vor beidem nur gewarnt werden. Natürlich verbindet sich mit dem Ansatz, konkrete Verhältnisse in der Gesellschaft auf- oder besser anzugreifen, ein Problem. Wer konzentriert auf ein Themenfeld konkrete Forderungen stellt, muß mit ihrer eventuellen Erfüllung umzugehen wissen. Für Linke in letzter Zeit ein eher seltenes Vergnügen. Historisch sind Arbeiter- und Ökologiebewegung an der positiven Aufnahme ihrer Forderungen gescheitert, weil es sie dazu verführte ihre grundsätzliche Gesellschaftskritik aufzugeben. Gerade angesichts dieser Erfahrung darf eine Linke ihre grundsätzliche Kritik nicht hinter ihre konkreten Forderungen zurückstellen und, sollten sich die Kräfteverhältnisse irgendwann ändern, sich schon mit der Verbesserungen gesellschaftlicher Teilbereiche zufriedengeben.

Die Politik der Kritikfraktion, die Antifa per Definition als pseudorebellisch und zwangsläufig systemimmanent darzustellen, muß derzeit noch als denunziatorisch abgetan werden. Sowohl die inhaltliche als auch die formale Abgrenzung gegenüber der bürgerlichen Politik

wird nicht zur Kenntnis genommen. Der linksradikale Anspruch der Antifa, Gesellschaftskritik am Bestehenden und an konkreten Orten zu entfalten, wird im großen Analysebrei "bürgerliche Gesellschaft" gleichgemacht. Und das, obwohl doch der totalitäre Charakter der Analyse seitens der kritischen KritikerInnen die Position des erkennenden Küchenmeisters gar nicht zu läßt. Völlig unklar ist bis zum jetzigen Zeitpunkt, wie das Anliegen, selber radikale Gesellschaftskritik zu betreiben, in die Praxis umgesetzt werden soll. Auch mit dem verbalradikalen Beharren, man selber mache keine Politik, sondern betreibe grundsätzliche Kritik, kann eine kapitalistische Gesellschaft prima umgehen. Früher wurde so etwas in jedem zweiten Proseminar an den Universitäten geübt. Ach wie freuten sich die ProfessorInnen, wenn mal wieder jemand eine so schön kontroverse Meinung hatte, über die sich so trefflich streiten ließ. Das Konzept "Laberrababer" wird dieser Gesellschaft nicht gefährlich werden. Es endet entweder an der Uni oder wird zum Fall für die Religionssoziologie. Auch eine grundsätzliche Kritik an der Gesellschaft muß praktisch werden, wenn sie etwas bewirken will. Sie muß sich organisieren, um sichtbar zu sein und anderen das Zustimmung zu ermöglichen. Sie muß die Gesellschaft, so wie sie sich konkret darstellt als Ausgangspunkt benutzen, um eine grundsätzliche Kritik entfalten und anderen vermitteln zu können. Sie muß darauf bauen, auf dem Grad zwischen Anbiederung und Polarisierung, ein Mehrwerden zu erreichen, welches irgendwann, so die Utopie, diese Gesellschaft umwälzen kann. Dieses Tun läßt sich dann benennen, wie man es gerne hätte. Ob es nun Politik heißt oder Kritik, oder vielleicht auch Rambazamba ist Schnurz wie Piepe. Wenn die Kritik nicht in akademischen Diskursen verharren soll, sondern das Bestehende kaputt machen, dann treffen sich die Politikansätze einer linksradikalen Bewegung und ihrer besonders kritischen Strömung. Läßt sich darüber also halbwegs Einigkeit herstellen, erweist sich der Streit zu einem großen Teil als Wortglauberei, ist somit zu beenden und die Suche nach gemeinsamen Praxisformen sollte in Zukunft im Mittelpunkt stehen.

Der Geist in der Flasche

Der Eifer, mit denen die ANG derzeit versucht die Antifa als Modernisierungsfaktor zu beschreiben, der sich dem Kapital "anbiedert", versucht sich eine möglichst profund aussehende theoretische Basis zu schaffen. Schon immer gab es bei dem Versuch, die Welt zu begreifen, die Tendenz zu vereinfachen. Was derzeit aber in der Linken, zunehmend bei frustrierten Ex-Antifas, an Attraktivität gewinnt, gleicht intellektueller Selbstbeschränkung. Auf der Suche nach einer Theorie, welche die Welt in ihrem ganzen Ausmaß erklärt, nach einem Prinzip, welches alle gesellschaftlichen Erscheinungen produziert, fand die ANG den Wert. Die Wert- und Warenförmigkeit der Gesellschaft, ein zweifelsohne nicht zu leugnende Konstante kapitalistischer, ja sogar vorkapitalistischer Gesellschaften, wird zur zentralen gesellschaftlichen Grundstruktur erklärt, die alle Übel hervorbringt.

Allerdings sind die dann irgendwie nur scheinbar. Ob Faschismus, Sexismus, Antisemitismus oder Rassismus, eigentlich teilt der Wert die Menschen alle gleich nach wert oder unwert für die kapitalistische Produktion ein. Die Ideologeme der Ungleichheit haben dann nur noch sekundären und funktionalistischen Charakter. Ihre als Erscheinungsweise erklärte Existenz läßt nicht nur sie, sondern auch die Politik dagegen als lächerliches Unterfangen dastehen. Mal abgesehen von der Frage, wie man ein globales Abstraktum bekämpft, außer es im Konkreten nachzuweisen und die Politik dagegen zu organisieren, fällt bei solcher Art theoretischem Dogma auch eine Menge Erkenntnisfähigkeit unter den Tisch. Wenn die Wert- und Warenförmigkeit das zentrale Gesellschaftsprinzip ist, leben wir also seit tausenden Jahren in der selben Gesellschaft. Wahrscheinlich wird dann geantwortet, daß die Totalität der Wert- und Warenverhältnisse sich erst mit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durchsetzte. Wir leben also erst seit etwa 300 Jahren in den selben Verhältnissen. Wenn diese Verhältnisse aber so gleich und total sind, warum führen sie dann zu so unterschiedlichen Ausprägungen wie Nationalsozialismus und Demokratie. Wie kommt es dann überhaupt, daß manche RassistInnen sind, andere aber AntirassistInnen, vielleicht gar Linke. Wie ist eigentlich kritisches Denken möglich, wenn uns der Wert alle im Würgegriff hat. Das vereinfachende Weltbild, welches sich die ANG wohl mittlerweile zu eigen macht, verführt zu kruden Schlüssen. Statt gesellschaftliche Verhältnisse zu bedenken, verfällt man in instrumentelle Interpretationen. Der auferlegte Zwang auch noch den kleinsten Furz als Ausdruck des Kapitals und seines Staates zu riechen, macht Gesellschaftsanalyse zum Unterricht in der Baumschule: Wenn die Antifa in der Krise ist, dann kann dies nur daran liegen, daß der Staat sie nicht mehr braucht, so die ANG-Argumentation in ihrem Veranstaltungstext. Daß der Staat gerade jetzt die Antifa benötigt, wo er die Zivilgesellschaft ausruft, um dann beispielsweise in Sebnitz zu bemerken, daß es keine gibt, daß gerade deshalb jetzt Antifa-Gruppen, die es mit sich machen lassen, hofiert werden, ja vielleicht sogar mal das Fernsehen anklöpft, passt da nicht ins Raster.

Logisch, daß jemand, der sich selbst mit Blindheit schlägt, es nicht ertragen kann, wenn andere sich um mehr Weitblick bemühen. So legt man der Linken ein "Entgiftungsprogramm" nahe, will ihr "postmodernes Gesülze" (Zitate siehe Ankündigungstext) austreiben, lehnt die Triple Opression-Theorie mit dem Argument ab, daß man sie ablehnt und bekommt Krampfadern, wenn jemand sich die Analyse von Diskursen nicht verbieten läßt. Fragwürdig nur, warum man ein Theoriegebäude zum Maßstab alles Linksseins erhebt, um dann andererseits in Texten und auf Veranstaltungen zu betonen, daß ein Irrtum leider nicht ausgeschlossen werden kann. Pessimisten könnten darin die Androhung des nächsten Kreuzzuges unter anderen Vorzeichen vermuten. Für Optimisten ein Zeichen, daß über die Gesellschaftsanalyse noch gestritten werden kann. Bei der ANG erscheint sie derzeit als theoretisches Dogma, weshalb sie die Welt nur noch als Majonettentheater sieht. Kritik läßt sie nur noch an der halluzinierten apersonalen Strippenzieherin, "der

Selbstverwertung des Werts" bzw. dem "automatischem Subjekt" zu. Der Ansatz von uns, Gesellschaft als Verhältnis zu begreifen, welches von handlungs- und denkfähigen Menschen, von ideologischen und ökonomischen Strukturen bestimmt ist, ohne, daß sich das eine immer einfach aus dem anderen ableiten läßt, muß da bitter aufstoßen. Also hetzt man die ganze Zeit gegen den Ansatz des BgR linksradikale Politik an gesellschaftlichen Widersprüchen zu entfalten, die man sich selber verbietet, zu sehen. Aber stehen nicht beispielsweise Nazis, RassistInnen, SexistInnen im Gegensatz zu AntifaschistInnen, AntirassistInnen, AntisexistInnen. Sicher ist dies ein Widerspruchsdenken auf einer sehr offensichtlichen gesellschaftlichen Ebene, aber nimmt nicht ausschließlich hier über anfängliche Empörung und Betroffenheit die Bildung linken Bewußtseins ihren Lauf? Doch auch im abstrakteren Sinne läßt sich der von der Kritikfraktion geleugnete Konfliktstoff, für den Nazis in der kapitalistischen Gesellschaft derzeit stehen, begreifen. Sie bzw. die von ihnen am radikalsten vertretenen Ideologeme der Ungleichheit konterkarieren die Gleichheitsversprechen der bürgerlichen Demokratie, weswegen sich an ihnen auch immer wieder gesellschaftliche Auseinandersetzungen entzünden können. Wenn das geschieht, wenn also Menschen über die Art ihres Zusammenlebens nachdenken und diese sozusagen öffentlich verhandeln, dann läßt sich daran eine linksradikale Position entfalten und transparent machen. Diese darf nicht auf eine Verteidigung liberaler Freiheiten hinauslaufen, sondern muß darauf zielen, diese Ungleichheitsverhältnisse rigoros abzuschaffen. Da eine bürgerliche Gesellschaft aber von Herrschaft und Ungleichheit durchzogen ist, da sich in ihr Unterdrückungsverhältnisse gegenseitig bedingen, läuft linksradikale Politik am konkreten Widerspruch auf eine grundsätzliche Kritik der Gesellschaft hinaus. Grundsätzliche Kritik heißt aber nicht, nur über ein zentrales Prinzip oder in unserem Falle ein Netz von Strukturen aufzuklären, welches man hinter der materiellen Welt vermutet. Der gegenwärtig propagierte Nützlichkeitsrassismus, der Nicht-Deutsche nach ihrem Wert für die hiesige Industrie beurteilt und hierarchisiert, zeigt daß eine strikte Trennung zwischen einer konkreten, erfahrbaren Wirklichkeit und abstrakten nicht erfahrbaren Prinzipien wenig Sinn macht. Was jetzt nicht heißen soll, daß Gesellschaftsanalyse auf Abstraktionen und theoretische Modelle verzichten soll. So lange diese uns die Wirklichkeit erklären helfen, anstatt sie zu mystifizieren und so lange dadurch Ansatzpunkte aufgezeigt werden, wie diese Wirklichkeit zu ändern ist, sind Modelle und Abstraktionen sehr sinnvoll. Ein Erklärungsansatz der in der banalen Nullaussage endet, daß nicht nur hinter dem Faschismus, sondern auch hinter dem Antifaschismus das Kapital steht, hilft dabei nicht sonderlich weiter. Heißt dies nun, daß antifaschistische Praxis sich nicht lohnt, weil sie doch nur die bürgerliche Gesellschaft reproduziert. Heißt dies letztendlich nicht: Nationalsozialismus, normaler Kapitalismus - alles eine Soße. Wer die Welt wegen ihres "Wesens" als "unveränderliche abstrakte Größe" begreifen will, gerät in die Gefahr, bald nichts mehr zu begreifen. Ob Vernichtung der Juden oder ihre staatsgewordene Rettung, ob Links oder Rechts, die

Wege des Werts sind unergründlich. Bei allem Verständnis an einer Kritik linker Teilbereichspolitik, die das "Ganze" oft aus den Augen verlor, die auch heute noch Probleme hat den Zusammenhang sich reproduzierender Verhältnisse im Kapitalismus zu benennen, muß hier für eine differenziertere Analyse plädiert werden. Daß die sich nicht ganz so einfach auswendig lernen läßt, liegt in der Natur der Sache. Daß das BgR bisher nicht mit einer alternativen Analyse überzeugen konnte, ist ein hausgemachtes Problem. Unsere Beschäftigung mit dem Phänomen "Kapitalismus" ist noch jung. Die Entstehungsgeschichte des BgR war vom Kampf um die Zurückdrängung der Nazidominanz geprägt. Die Gruppe entwickelte aus dieser Perspektive ein Verständnis vom rassistischen und nationalistischen Konsens in Deutschland. Die damals, Mitte der 90er, auf dem Markt befindlichen kapitalismuskritischen Ansätze, halfen nicht nur nicht bei der Erklärung dieser Zustände, sie beschönigten diese teilweise noch, da sie Rassismus als revoltenhaften Ausdruck sozial Deklassierter im Kapitalismus interpretierten. Die daraus folgende Ignoranz gegenüber der Weiterentwicklung kapitalismuskritischer Ansätze, merkt man uns bis heute an. Daß ist kein befriedigender Zustand, ganz im Gegenteil. Es ist aber auch kein Grund auf dem Markt der linken Theorien dem jeweils lautesten Handverkäufer fürderhin als Messias hinterherzulaufen. In diesem Sinne heißt unser Motto: Diskussion ohne Eifer. Auch wenn der weltweite Sieg des Kapitalismus einen totalitären Anspruch transportiert, macht es doch keinen Sinn sich vor diesem zu ergeben und die Konflikte, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaften und zwischen ihnen entstehen als Ansatzpunkte für Kritik und Politisierung zu ignorieren. So wie die imperialistische Konkurrenz gegensätzliche Interessen, militärische Strukturen, diplomatische und heiße Kriege hervorbringt, so kann der selbe Kapitalismus auch den Gegensatz zwischen völkischem Rassismus und Nützlichkeitsrassismus produzieren. Widersprüche aufgreifen, heißt für uns also gesellschaftliche Konfliktpotentiale suchen, an denen sich eine linksradikale Position entwickeln und verdeutlichen läßt. Das heißt nicht, daß solch ein Konflikt schon die Sprengkraft des Systemsturzes bzw. vorbestimmte politische Subjekte in sich trägt.

Der Ton macht die Musik

Es gäbe schon einigen Anlaß mit harten Worten auf das zu reagieren, was in den letzten Monaten in Leipzig mit dem euphemistischen Titel "Kritik der Antifa" daherkommt.

Da erklärt beispielsweise die ANG das Konzept "Antifa" in der Einladung zu einer Veranstaltung zum großen "Radikalinski-Schwindel" (siehe **Veranstaltungsankündigung**), geht also davon aus, "die Antifa" locke ihre "Schäfchen" wider besseren Wissens in die System-Falle. Man möchte also nicht über einen vermeintlichen konzeptionellen Irrtum aufklären, sondern suggerieren, daß einige Antifa-Strategen das Handwerk des Staates besorgen, indem sie den Leuten radikale Opposition zum Bestehenden

versprechen, eigentlich aber nur an einer beschaulichen Zivilgesellschaft interessiert sind. Also ganz hinterhältige StrippenzieherInnen, diese Antifas. Schwer zu glauben, daß die ANG, einst eifrigster Warner vor Verschwörungstheorien, nun selbst an solche glaubt. Es deutet aber noch mehr auf eine hoffentlich nicht ansteckende Regression des Bewußtseins hin. So finden wir im Veranstaltungsaufwurf neben vielen anderen auch folgenden verwirrenden Satz: "Das Ende des autonomen Antifaschismus, dem nichts, aber auch gar nichts zur Ehrenrettung gereichen kann, ist nur Ausdruck davon, daß das Kapital und der Staat die autonome Antifa nicht mehr als Modernisierungsfaktor benötigen." Schon die Verwendung des Begriffs "Ehre" wirkt befremdlich. Schließen wir mal freundlich daraus, daß sich die AutorInnen nicht duellieren, sondern uns schlicht und einfach sagen wollen, daß die Antifa der letzten Jahre einfach nur Scheiße war. Sie sagen so etwas im Nachfolgestaat des Nationalsozialismus, im Land der Täter und ihrer Nachfolgeneration. Sie sagen dies auch im Wissen, daß der autonome Antifa-Ansatz die linke Reaktion auf rassistische Pogromwellen, Angriffe gegen linke Projekte, Punks etc. und angesichts eines völkischen Wiedervereinigungsprojektes, welches eben auch deutlich auf mehr als nur einer historischen Kontinuität aufbaute, war. Und sie sagen dies angesichts eines existenten rassistischen Konsens, einer starken rechten Jugendbewegung und angesichts eines deutschen Griffes nach der Weltmacht inklusive Angriffskriege und entsprechender geschichtspolitischer Debatten. Würde man mit gleichen denunziatorischen Mitteln zurückschlagen, so könnte man darin einen NPD-Aufnahmeantrag vermuten. Wir tun es nicht. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß es das eine ist, die Antifa zu kritisieren. Zumal es ein leichtes ist, ihr vorzuwerfen, daß sie ihr Ziel, die Gesellschaft nicht grundsätzlich umzuwälzen und sie so einzurichten, daß Faschismus und Nationalsozialismus jeglicher Grundlagen beraubt sind, bis heute nicht erreicht hat. Hier läßt sich schnell auf ein profanes "ja" einigen. Und schon ist man bei der Frage, wie es besser gemacht werden kann. Eine Frage die in der hiesigen Szene sowohl bei alten frustrierten Linken als auch bei einigen leidenschaftslosen Junglinken als unschick gilt. Wer aber der antifaschistischen Politik der letzten Jahre die Relevanz absprechen will, der argumentiert historisch doppelt fahrlässig. Denn nicht nur die Bedeutung der Antifa als organisatorischer Rettungsanker einer radikalen Linken, in der die Idee der emanzipierten Gesellschaft aufgehoben und weitergetragen wird, ignoriert man mit solchem Gequatsche, sondern man leugnet die besonderen Anforderungen an eine Linke nach Auschwitz. Daß ausgerechnet diejenigen, denen ansonsten kein Zitat des ausgewiesenen Zivilgesellschafters Adorno zu schade ist, dem von ihm formulierten (und gelebten) antifaschistischen Imperativ eine Abfuhr erteilen, ist schwer verständlich. Oder meinen sie gar nicht, was sie schreiben? Aber warum schreiben sie dann nicht, was sie meinen? Apropos Adorno, apropos Verständlichkeit. Wie auch über den rüden Ton und die maßlosen Unterstellungen, könnte man auch über die peinliche Zitatenshuberei lachen. Das erste was die Artikelserie "Kritik der Antifa" im NewsFlyer offenbart, ist ein riesiger

bildungsbürgerlicher Komplex. Die Ahnung, was mit diesem "Gestammel" (Bahamas) inhaltlich gemeint sein könnte, kommt erst später. Doch die Lacher bleiben einem im Halse stecken, bedenkt man, daß die postmoderne Aufhebung des Autorenprinzips vielleicht bei anderen Leuten ebensolche Gedankenlosigkeit auslösen wird, die sich nur noch hinter großen und kleinen Namen zu verstecken weiß. Gab es früher in Leipzig Linke, die den Leuten mit der Forderung nach "Action, Action, Action" als maßgebliches Credo des Linksseins auf die Nerven gingen, signalisieren heute schizophrenerweise die selben Personen, daß nur eine ausgiebige Lektüre einer nach oben offenen Standartwerkzahl die Legitimation für das politische Handeln bietet. Das Streben nach einem linken Jugendzentrum zählt diesen Leuten, die früher am liebsten auch noch einen Tag nach Demoende mit der roten Fahne um die Häuser gezogen wären, als Ausdruck von dümmlicher Praxisbezogenheit. Daß in einer linken Szene (-Zeitschrift) der bürgerliche Zwang des Nachweises von Bildung und Wissenschaftlichkeit eine linke Entsprechung erhält, ist das eine. Das andere wäre eine Diskussion über den Umgang mit dem Theorie- und Wissensfundus der Linken jenseits von Zwanghaftigkeit, Klugscheißertum und dem Aufbau von Handlungsschranken.

Das stilistische Bemühen der "ANG" und ihres Ralfs, sei es nun mittels wirrer Texte oder dem Kasperletheater auf dem Antifa-Kongreß, muß noch unter einem anderen Blickwinkel betrachtet werden. Denn es hat ja als Ziel nicht nur die Provokation oder ist daneben bloß noch Ausdruck von Distinktion. Es gilt weniger dem Adressaten der Kritik, sondern soll vielmehr dem Absender etwas mehr Gewißheit geben. Die Autorität der großen Namen und die große Schnauze übertünchen die eigenen Zweifel, die man haben muß, wenn von heute auf morgen - bei einigen mit mittlerweile erstaunlicher Virtuosität - die politische Position gewendet wird. Das erzeugt dann zwangsläufig Unglaubwürdigkeit und den Eindruck man verfolge die Fahrten einer Positions-Achterbahn, wenn die Kritik von der eigenen Person, der eigenen politischen Antifa-Laufbahn abgespalten wird, um das eben noch voller Inbrunst vorgetragene Glaubensbekenntnis nun als das Schwachsinnigste der Welt erklären zu können. Problematisch ist dies besonders deshalb, weil damit auf der kleinsten Ebene immer wieder linke Abgrenzungsmanie eingeübt wird. Mit einer Streitkultur, die den linken Anspruch der anderen ernst nimmt, hat das nichts zu tun, was aber Leuten, denen es außer ums Rechthaben, um nichts mehr geht, eh egal sein dürfte. Ohnehin mutet es eigentümlich an, warum eine Gruppe, wie die ANG, die so ungefähr die letzten 5 Jahre das beschauliche Dasein eines Café-Kränzchen geführt hat, jedenfalls mit ihrer Gesellschaftskritik nicht besonders wahrnehmbar war, in schlafwandlerischer Sicherheit die Rest-Bewegungslinke als ihren Hauptfeind entdeckt. Daß auch einige Mitglieder der Roten Antifaschistischen Aktion Leipzig (RAAL) beim Dissing mittun, erklärt sich dann nur noch über deren unbefriedigendes Gefühl, was man wohl haben muß, wenn die am besten vorbereitete Aktion die Selbstauflösung ist. Aber wie radikal ist jemand, dessen Radikalität, die nun wirklich richtig linksradikale, ach nein, kommunistische

Gesellschaftskritik, nur bis zur örtlichen Antifa und linken Szene reicht? So erweist sich der hehre Anspruch, die Gesellschaft als Ganzes zu kritisieren, in der Realität als verkümmert, als einfach schlechte Laune. Man möchte den Leipziger ProtagonistInnen der Kritik-Fraktion ein ums andere mal zurufen, geht doch nach Schwedt und betreibt dort - frei von einer konkurrierenden Linken - kommunistische Gesellschaftskritik. In der Art wie die "Kritik" derzeit jedenfalls vorgetragen wird, erscheint sie nur als billige Miesepeterei, die nicht die Gesellschaft, sondern nur ihre Linke als Feindbild bearbeitet. Da man wahrscheinlich im Unterbewußtsein mit dem Widerspruch zwischen eigenem politischem Umfeld und Lebenspraxis sowie dem eigentlichen Interventionsziel nicht zu recht kommt, erscheint diese Linke dann auch wahlweise als wirkungsmächtiger und quicklebender Erfüllungsgehilfe von Staat und Kapital, was sie nicht davor schützt, schon im selben Text als mausetot erklärt zu werden. Schon die formale Vorgehensweise der Leipziger Kritik-Fraktion erzeugt neben schlechter Stimmung also eine ganze Menge Verwirrung. Der instrumentelle statt selbstkritisch-analytische Umgang mit der Linken deutet daraufhin, daß auch sonst einiges durcheinander geht. Oder anders gesagt: Unser linkes Grundwissen von der dialektischen Einheit von Form und Inhalt, läßt Böses erahnen.

Politik der Befreiung oder Befreiung als Schicksal

Was für einen Sinn macht die Betonung der Totalität der Gesellschaft, wenn man doch selbst eine kritische Subjektposition einnehmen kann? Ist die eigene politische Sozialisation nicht Hinweis darauf, wie eine linke Perspektive aussehen kann? Der Ausweg der Kritikfraktion bleibt bis jetzt im Dunkeln? Kein Wunder, da man sich ja, wenn der Wert die totale Systemimmanenz produziert und alles Denken und Handeln nur sein kapitalismusfördernder Ausdruck ist, das eigene Dasein nur als Gottes Wille erklären kann. Wie aber soll dann eine gesellschaftliche Veränderung, wie der Umsturz der Verhältnisse funktionieren, wenn es aus dieser Totalität kein Entrinnen gibt? Müssen wir also, wie einst die deutsche Sozialdemokratie auf den großen Kladderadatsch warten, der nicht kam? Wir wollen nicht schicksalsergeben auf gesellschaftliche Veränderung hoffen, uns nebenbei die lange Weile mit Theorie und gegenseitigem Angepisse vertreiben. Daß bringt uns vielleicht dem eigenen aber nicht dem großen Zusammenbruch näher. Wir wollen eine linksradikale Bewegung organisieren, die das Potential der Umwälzung in sich trägt. Natürlich hegen wir gegenwärtig keine revolutionären Blüenträume und wer sie heute vor sich herträgt, wird nicht lange auf das Frustrationspotential warten müssen. Auch jenseits von sprudelndem Optimismus, die Erfahrungen in Leipzig in der in den letzten Jahren linke Projekte und Gruppen immer gewachsen sind, steht dafür, daß eine Bewegung organisierbar ist. Allerdings muß sie dazu in die Gesellschaft eingreifen, sich sichtbar machen und am

Konkreten die allgemeine Politisierung vorantreiben, so wie das hier über Jahre vor allem über Anti-Nazi-Mobilisierungen gelaufen ist. Und auch beim Blick über die Stadtgrenze muß uns nicht völlig bange werden. Immerhin 600 Leute beim Antifa-Kongreß in Göttingen, 25 Gruppen, die sich an einer bundesweiten Organisation interessiert zeigen. Entgegen der Prognose der ANG-Skalpjäger, die die Antifa lieber als "letzten Mohikaner" zur Strecke gebracht sähen, erscheint uns dies als eine ausbaufähige Grundlage. Die Antifa ist tot, es lebe die Antifa! Aber eben nicht einfach weiter wie bisher. Das linksradikale Profil muß stärker hervortreten und die Konzentration der Politik auf ein Themenfeld ist aufzugeben. In dieser Beziehung trifft die Kritik der Kritikfraktion zu, ja selbst ihrer Forderung den Begriff "Antifa" als einzigstes Synonym einer linksradikalen Bewegung zur Disposition zu stellen, sollte zugestimmt werden. Das ist aber nicht das Ende einer antifaschistischen Linken. Davor sollte nicht nur die banale Einsicht schützen, daß Nazis nicht auf Staatsbefehl verschwinden, sondern vor allem die Tatsache, daß in Deutschland weiterhin völkische Elemente ein lebendiges Dasein führen. Zudem trägt auch ein normalisierter Kapitalismus, der seiner sozialdarwinistischen Hierarchisierung und Auslese von Menschen ein manchmal zivileres Antlitz verleiht, die Tendenzen des Faschismus in sich. Auf keinen Fall sieht sich das BgR bei aller Selbstkritik und notwendigen Orientierung dazu gezwungen, sich der Alternative anzuschließen, die eine Gruppe wie die ANG bis jetzt signalisiert: Statt der Gesellschaft in erster Linie ihre Linke zu kritisieren. Auch dem Setzen auf eine geschlossene theoretische Grundposition können wir nicht viel abgewinnen. Die Ungerechtigkeiten dieser Welt anzugreifen, dazu bedarf es keines starren Erklärungsmodells. Die intellektuellenfeindliche Ablehnung von Theorie liegt uns allerdings ebenso fern. Gerade wir als BgR stehen für den Versuch die Diskussionen der akademischen Linken in die politische Praxis mit einzubeziehen, ja generell für einen gegenseitigen Bezug zu plädieren. Daß in der Vergangenheit so wenig zusammenging, läßt sich nicht nur der Theoriefeindlichkeit der Bewegungslinken anlasten. Gerade mit deren Niedergang nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, sahen viele Linke nur noch in der theoretischen Diskussion die Möglichkeit, sich ein kritisches Bewußtsein zu erhalten und koppelten ihre Politik von öffentlichkeitswirksameren Formen der Antifa ab. Der Antifa-Kongreß in Göttingen, die geplante bundesweite Zeitschrift "Phase 2" und eine zunehmende Seminar- und Veranstaltungspraxis stehen für die ungebrochenen Versuche, hier ein Aufeinanderzugehen zu gewährleisten. Noch aus einem anderen Grund erscheint es uns perspektivlos, sich auf eine ausschließliche theoretische Position zu beziehen. Die Zukunft auf die die ANG in ihrem Veranstaltungstext verweist, ist eine die balla balla macht. Man müsse sich unbedingt Marx und Hegel, Psychoanalyse und Kritische Theorie aneignen. Ein Bildungsprogramm gegen das wir nichts einzuwenden hätten. Doch schon poststrukturalistische Linke, die sich Marx, Hegel, Psychoanalyse und Kritische Theorie

angeeignet haben, was sie aber nicht hindert, gesellschaftliche Diskurse zu analysieren, werden von der ANG als Aussätzige betrachtet. Nicht alle verfahren bei der Suche nach Erkenntnis so eingleisig. Es gibt verschiedene, sich voneinander eifrig abgrenzende Positionen. Für die ANG ist wider die Lektüre von Marx, Hegel, Psychoanalyse und Kritischer Theorie nur die Wertvergesellschaftung das zentrale Gesellschaftsprinzip, für Robert Kurz und die KRISIS-Gruppe sind es wenigstens schon Wert und Arbeit. Für Michael Heinrich sind es dann bereits Arbeit, Wert und Eigentum, die das gesellschaftliche Dasein bestimmen. Allen Analyseansätzen, auch poststrukturalistischen, welche die Vermittlung von Herrschaft- und Machtverhältnissen in allen gesellschaftlichen Sphären mit der Absicht der Kritik herausarbeiten, läßt sich etwas abgewinnen. Wer sich aber auf eine einläßt, soll in der heutigen linken Diskussionspraxis zwangsläufig die andere meiden wie der Teufel das Weihwasser. Da streitet sich die Krisis-Gruppe mit der ISF (Initiative Sozialistisches Forum). Die Bahamas disst karoshi-Positionen und zänkt sich mit dem eigenen Spaltprodukt jour fixe-Initiative. Und das wars bei weitem noch nicht. Der Streit der verschiedenen Schulen um die Weltformel und die jeweils nun wirklich richtige Marx-Interpretation ist ein mühseliges Unterfangen ohne Aussicht auf Erfolg. Wer Bock auf so was hat - viel Spaß. Da scheint es schon eher angebracht, danach zu schauen,

welche Substrate der Auseinandersetzung in unsere Politik aufzunehmen sind und welche Positionen und Personen an einer wirklichen Weiterentwicklung linksradikaler Kritik Interesse haben. Dafür spricht auch, daß die krudesten und plattesten Auswüchse der Kritik-Strömung sich nach und nach abschwächen werden. Es ist nicht die erste und wohl auch nicht die letzte Modeerscheinung innerhalb einer linken Ansatz-Pluralität, deren Attraktivität mit der folgenlosen Wiederholung des immergleichen nachläßt. Mit dieser Hoffnung verbindet sich auch unser Wunsch, Ansatzpunkte einer gemeinsamen Praxis zu suchen. Spätestens dann, wenn die ANG oder andere Teile der Kritikfraktion wirklich auf die Kritik der Gesellschaft setzen, wenn sie ihren Ansatz über den eigenen Tellerrand hinaus transparent machen wollen, liegen Anknüpfungspunkte nahe. Wir denken, daß auch eine grundsätzliche Gesellschaftskritik, soll sie nicht autistisches Vergnügen oder im Wahnsinn endendes Geheimwissen bleiben, ihren symbolischen Ausdruck und eine tragende Bewegung braucht. Nur so kann sie ihr Ziel, das "völlig Andere", die emanzipierte Gesellschaft erreichen.

Für eine radikale Gesellschaftskritik!
Für eine linksradikale Bewegung!
Für Phase 2!
Gegen Nazis!

*AG Kritik² des Bündnis gegen Rechts Leipzig
Mai 2001*